

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 18.03. – 22.03.2013

Unser Projekt heißt Zukunft.
Machen Sie mit.



SPD

Inhalt

1. Gedenken: 80 Jahre Otto Wels
2. Zypern – Verunsicherung der Kleinsparer
3. Gerechtigkeit: gleicher Lohn für gleiche Arbeit
4. Kleine und mittlere Unternehmen stärken
4. Psychische Belastungen in der Arbeitswelt reduzieren



Am 23. März vor 80 Jahren stimmte der Reichstag über Hitlers Ermächtigungsgesetz ab. Es war das Ende der Weimarer Republik. Die Nazis erhielten umfangreiche Vollmachten, schafften die Demokratie in Deutschland ab und trieben die Welt letztendlich in die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs.

Als einzige Fraktion stimmte die SPD geschlossen gegen das Ermächtigungsgesetz! Der damalige SPD-Vorsitzende und Fraktionsvorsitzende Otto Wels hielt in der Kroll-Oper eine mitreißende und mutige Rede (<http://soundcloud.com/spdfraktion/rede-von-otto-wels-gegen-das>). Leidenschaftlich versuchte er, zu retten, was nicht mehr zu retten war. An diese letzten freien Worte im Deutschen Reichstag wollen wir zum 80. Jahrestag erinnern. WIR WERDEN NIEMALS VERGESSEN! Euer Mut ist uns Verpflichtung!

Es ist wichtig, dass die Erinnerung wachgehalten wird, insbesondere auch bei jungen Menschen. Wir werden uns deshalb auch in Zukunft mit der historischen und der aktuellen Bedeutung der Rede von Otto Wels auseinandersetzen. „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht,“ mit diesem mutigen Worten begründete Otto Wels die Ablehnung der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Es sollte die letzte freie Rede vor dem Parlament für viele Jahre sein. Zu dieser Zeit waren bereits 26 SPD-Abgeordnete in Haft oder mussten untertauchen. Auch sie und die späteren Opfer des Nazi-Terrors werden wir nicht vergessen! Demokratie und Toleranz bleiben unsere wichtigsten Anliegen.

Zypern – Merkel und Schäuble verunsichern Kleinsparer

Die fatale Entscheidung zyprische Kleinsparer am Rettungspaket zu beteiligen, die Kanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble mit einer unglaublichen politischen Blindheit und Unsensibilität einfach laufen ließen, hat für große Verunsicherung gesorgt! Auch wenn man die Situation im deutschen Bankwesen in keinsten Weise mit der auf Zypern vergleichen kann, machen sich auch die Menschen hier um ihre Spareinlagen Gedanken. Die Beteiligung von Kleinsparern löste nicht nur bei den Zyprioten heftige Proteste aus! Zwischenzeitlich hat Zypern ja dieses „Hilfspaket“ abgelehnt, aber allein mit dem Vorschlag, den Frau Merkel und Herr Schäuble fahrlässig mit durchwinkten, wurde viel Vertrauen zerstört, was nur schwer wieder herzustellen sein wird.

Zum Hintergrund: Die Republik Zypern hatte im Sommer 2012 um Hilfe aus dem ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) gebeten. Im Laufe der Verhandlungen wurde klar, dass die kleine Insel mit rund 17 Milliarden Euro in der Kreide steht. Auslöser der Finanzkrise auf der Insel war, anders als in anderen Euro-Ländern, der überdimensionierte zyprische Bankensektor, der unter anderem russische Multimillionäre und vermögende Griechen, die ihr Geld vor der Krise im eigenen Land ins Ausland transferieren wollten, mit Niedrigsteuern und laxen Kontrollen lockte. Als diese Blase platzte, beschlossen die Eurofinanzminister, dass Zypern einen Teil seiner Schulden, nämlich rund 7 Milliarden Euro, durch eine einmalige Sonderabgabe auf Bankguthaben aufbringen sollte. Bis zu einem Sparguthaben von 100.000 Euro sollten die zyprischen Bürgerinnen und Bürger 6,75 % zahlen, ab dieser Summe 9,9 %.

Nun nimmt der Druck auf Zypern dramatisch zu, weil auch der sogenannte Rettungsplan B ins Wanken gerät, nachdem auch Moskau sich verweigert. Die Finanzminister der Eurozone drängen Zypern zur Eile und drohen damit, am kommenden Montag den „Geldhahn“ endgültig zuzudrehen.

Wir werden Euch in Sachen Zypern weiter auf dem Laufenden halten und erwarten von der Bundesregierung, dass wir umfassend und schriftlich zur Schuldentragfähigkeit Zyperns unterrichtet werden. Wir werden das Vorgelegte sorgfältig prüfen und bewerten und erst dann über unser Abstimmungsverhalten entscheiden. Die SPD wird in jedem Fall darauf dringen, dass der aufgeblähte zyprische Bankensektor und seine Eigentümer und Gläubiger an den Kosten der Krise beteiligt werden, zudem muss auch Zypern die Finanztransaktionssteuer unterstützen.

Gerechtigkeit: gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Immer noch müssen wir am 21. März am Equal-Pay-Day für gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen demonstrieren. **Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen wird in Deutschland nicht kleiner; sie liegt seit Jahren bei 22 – 23 Prozent!** Schwarz-Gelb beklagt diesen Zustand zwar, aber sie handeln nicht! Im Gegenteil, am Freitag stimmten sie gegen unser Entgeltgleichheitsgesetz ([zum Gesetzentwurf der SPD geht es hier!](#))! Gipfel veranstalten und hinterher außer heißer Luft nichts in die Tat umsetzen – das hat System bei Bundeskanzlerin Merkel und ihren Ministerinnen und Ministern.

Wie soll man einer Ingenieurin erklären, dass sie 17 % weniger verdient als ein Ingenieur? Wie soll man einer Konditorin einen Lohnunterschied von 29 % erklären? Und



wie wollen Unternehmen in Zeiten von Fachkräftemangel gut ausgebildete Frauen anwerben, wenn sie nicht bereit sind, sich bei den Löhnen an Gleichbehandlungsgrundsätze zu halten? Da die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen so groß sind, liegt an vielen strukturellen Defiziten, zum Beispiel dem viel zu geringen Anteil von Frauen an Vollzeitarbeit und die schlechten Wiedereinstiegsbedingungen für Frauen nach einer Familienzeit. Natürlich spielt auch der Mindestlohn eine entscheidende Rolle. **Nach einer Regierungsübernahme im September 2013 werden wir Lohngerechtigkeit herstellen, damit endlich auch in unserem Land gleicher Lohn für gleiche Arbeit gilt!**

Kleine und mittlere Unternehmen stärken



Unstreitig ist, dass die vielen kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land und unserer Region Arbeitsplätze schaffen und das besonders auch im innovativen Bereich von Forschungs- und Entwicklung. Leider profitieren aber Großunternehmen häufiger von staatlicher Projektförderung als die kleinen und mittleren Unternehmen.

Um diesen Missstand zu beheben, schlägt die SPD in einem Antrag ([für den Antragstext bitte hier klicken](#)) vor, Innovationen in kleinen und mittleren Unternehmen durch eine steuerliche Förderung von Forschungs- und Entwicklungsausgaben zu befördern. Ziel ist es, neben der bestehenden Projektförderung auch Grundlagenforschung und Technologietransfer zu stärken. Davon sollen durch eine steuerliche Förderung von Forschungs- und Entwicklungsausgaben zukünftig auch kleine und mittlere Unternehmen verstärkt profitieren.

Psychische Belastungen in der Arbeitswelt reduzieren

Unsere Arbeitswelt ist stark im Wandel begriffen. Immer mehr Menschen klagen über Stress und zunehmend wirkt sich dies auch auf die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus. Es muss gehandelt werden, denn Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist ein sehr wichtiges Thema, das bisher häufig unterschätzt wurde.

Wir wollen daher eine „Anti-Stress-Verordnung“ anregen, damit die Ziele des Arbeits- und Gesundheitsschutzes verbindlich und überprüfbar gestaltet werden können. Wir fordern außerdem einheitliche Ausbildungsstandards und mehr Personal, damit der Arbeitsschutz effektiver als bislang arbeiten kann.

Am Montag fand der **4. Berliner Apfelweinanstich** der hessischen SPDler in der Landesvertretung statt. Wir freuen uns, dass der Abend mit über 300 Gästen aus Politik, Medien, Kultur und Wirtschaft ein voller Erfolg war! Neben vielen Andern probierten auch unser Vorsitzender Sigmar Gabriel, der brandenburgische Ministerpräsidenten Matthias Platzeck und Hessens SPD-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel ein Gläschen von unserm „Nationalgetränk“.

Weitere Impressionen des Abends unter <http://www.flickr.com/photos/spd-hessen/sets/72157633036243496/>



(V.l.n.r.) Vorne: Dr. Edgar Franke, Heidemarie Wiczorek-Zeul, Ulrike Gottschalck, Christine Lambrecht, Thorsten Schäfer-Gümbel;
Mitte: Gerold Reichenbach, Ullrich Meßmer, Brigitte Zypries, Michael Roth; hinten: Sören Bartol, Dr. Sascha Raabe und Rüdiger Veit.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia